

20. OKT



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/241 - 20. Oktober 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>"Kultur und Politik in unserer Zeit"</u> Zum kulturpolitischen Kongress der SPD in Wiesbaden am 28. und 29. Oktober 1960 Von Hermann Bortfeldt	87
2a	<u>Krieseinstimmung in Paris</u> Es geht nicht nur um de Gaulles Atomwaffenprojekt Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	46
3	<u>Wer regiert in Bonn?</u> Eine leider zu berechtigte Frage	45
4 - 5	<u>Wahlvorschau für Rheinland-Pfalz</u> Visitenkarte der SPD: Aufbauleistungen	86
6 - 8	<u>Herbst-Stürme über Seoul und Tokio? (I)</u> Eindrücke einer Fernost-Reise Von Richard Reitzner, MdB	130

* * * * *

"Kultur und Politik in unserer Zeit"

Zum kulturpolitischen Kongreß der SPD
in Wiesbaden am 28. und 29. Oktober 1960

Von Hermann Bortfeldt

Daß die Kulturpolitik in der Bundesrepublik in Bewegung gekommen ist, hängt mittelbar mit der Weltlage zusammen. Die internationale Situation läßt immer deutlicher erkennen, daß Bildungs- und Ausbildungsfragen in der großen Auseinandersetzung unserer Zeit nicht neben militärischen und wirtschaftlichen Problemen herlaufen, sondern sie sozusagen unterlaufen. Den unmittelbaren Anstoß zu kulturpolitischer Debatte, Vorschlägen und Maßnahmen hat jedoch oft die Sozialdemokratische Partei gegeben. Darüber herrscht heute in der Öffentlichkeit kein Zweifel mehr, daß es die sozialdemokratischen Initiativen in den letzten Jahren gewesen sind, durch welche die Dringlichkeit kleiner und größerer Reformen in das allgemeine Bewußtsein gelangte. Das ist der Grund dafür, daß auch der bevorstehende kulturpolitische Kongreß im Wiesbadener Kurhaus am 28. und 29. Oktober mit Spannung erwartet wird. Die sozialdemokratische Offensive auf dem Feld der Kulturpolitik weiterzuführen - das ist der Sinn dieser Veranstaltung.

Die unmittelbare Praxis und auch die Theorie - im Sinn einer laufenden Überprüfung der Anforderungen, die die Zeit an unser Bildungssystem stellt - bieten mehr und mehr Anlaß, sich mit der Gesamtheit der kulturpolitischen Fragen und mit einer sehr langen Liste von Einzelheiten zu befassen. Zu dieser gehören auch Budget-Fragen, da jede kulturpolitische Maßnahme Geld kostet.

Wieviel praktische Dinge gibt es allein im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe auf all den Gebieten zu regeln, in die das hineingreift, was man "Kulturpolitik" nennt? Wenn die Milliarden-Ausgaben für die Hilfe an den jetzt zur staatlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit kommenden Völkern fruchtbar werden sollen, dann müssen hier und heute die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Es ist aber ziemlich sicher, daß uns gerade hier in Deutschland der ganze Umfang dieser Voraussetzungen für eine Aufnahme von Beziehungen neuer Art zu fremden Kulturen noch reichlich dunkel ist.

Es geht also nicht nur darum, die richtige und beste deutsche Kulturpolitik im Ausland zu betreiben, sondern auch darum, das Inland instandzusetzen, zum Ausland in kulturpolitische Beziehungen treten zu können. Das ist eine Frage, die weitere Bevölkerungskreise betrifft, als man gemeinhin annimmt. Nicht zuletzt werden natürlich unsere Studenten davon betroffen. Und hier weiß jeder auch nur einigermaßen Informierte, wie umfangreich die Zahl der Diskussionsreihen in Hochschulfragen und vor allem die der immer noch unerledigten Punkte ist, nicht nur im Bezug auf die materielle Seite - Studentenförderung,

Studentenwohnheimbau usw. -, sondern auch was die geistige Ausrüstung und Grundausrichtung betrifft, von der Hochschulreform ganz zu schweigen.

Eine Reformmaßnahme in unserem Schulwesen wird nun allerdings durchgeführt. Die Ständige Kultusministerkonferenz hat auf ihrer letzten Sitzung in Saarbrücken eine Rahmenvereinbarung zur Reform der Oberstufe unserer höheren Schule getroffen. Die achte und neunte Klasse der höheren Schule wird im Laufe der nächsten Jahre in allen Ländern der Bundesrepublik umgestaltet. Eine allgemeine Verminderung in der Zahl der Pflichtfächer und eine Konzentration der Bildungsstufe sollen eine Vertiefung des Unterrichts ermöglichen und die Erziehung des Schülers zur geistigen Selbsttätigkeit und Verantwortung fördern. Damit ist endlich einmal eine der zahlreichen beachtenswerten Empfehlungen des Rahmenplanes zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeincildenden öffentlichen Schulwesens, der der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen nun vor 1 1/2 Jahren vorgelegt hat, aus dem Stadium des Darüber-sprechens hinaus.

Wieviel aber bleibt noch zu tun! Wie wenig hat sich noch die wirtschaftliche Konjunktur auf unsere überfüllten Hochschulen und Schulklassen ausgewirkt! Wie weit bleiben wir in Bezug auf Modernisierung hinter anderen Ländern zurück und welche wirtschaftlichen Folgen kann das einmal haben! Von den großen Industrie-Nationen ganz zu schweigen, können wir nur mit Weid und Stauzen zum Beispiel auf das kleine Schweden blicken, das jetzt dabei ist, die Ergebnisse einer mehrjährigen gründlichen Umgestaltung seines gesamten Schulwesens zu überprüfen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat hier nach Lage der Dinge eine besondere Verantwortung. Das wird auch in Wiesbaden zum Ausdruck kommen. Der Kongreß wird auch die Gelegenheit dazu bieten, eine Reihe von Mißverständnissen aufzuräumen, denen sich die Sozialdemokratische Partei in der kulturpolitischen Diskussion des öfteren gegenüber sieht. Dr. Adolf Arndt wird über Probleme der modernen Demokratie sprechen. Der Göttinger Soziologie-Professor und namhafte Autor Helmut Flessner spricht über "Wissenschaft und moderne Gesellschaft." Der hessische Kultusminister Prof. Schütte wird die Probleme des Föderalismus in Zusammenhang mit der Kulturpolitik beleuchten; der Frankfurter Prof. Edding wird sich mit Finanzproblemen beschäftigen; der junge Bundestagsabgeordnete Lehmar wird die hochschul-politische Diskussion weiterführen und über die Kulturpolitik im Ausland und gegenüber den Entwicklungsländern werden der Bundestagsabgeordnete Kühn und der auf diesem Gebiet tätige Winfried Böll sprechen. Der Regierende Bürgermeister von Berlin und Kanzlerkandidat der SPD, Willy Brandt, wird seine Auffassung über den Zusammenhang von Kultur und Politik vor diesem Forum der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen. Der hessische Ministerpräsident Zinn wird die Veranstaltung eröffnen und Prof. Carlo Schmid ist das Schlußwort vorbehalten.

Krisenstimmung in Paris

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Debré schnitt mit seiner Vertrauensfrage die letzte Parlamentsdebatte ab, in der sich zum ersten Mal eine Mehrheit von den Sozialisten bis zu den bürgerlich Unabhängigen abzeichnete, eine breite Opposition gegen das Atombomberprojekt des Generals de Gaulle. Die stürmische Debatte der Nationalversammlung über das Atomprojekt drohte der Regierung Debré über den Kopf zu wachsen. Es ist kein Zufall, dass die Abgeordneten der verschiedensten Richtungen bei dieser Gelegenheit auch ihrem Unmut über andere lebenswichtige Fragen Luft machten. Die Abgeordneten stehen nun vor der Entscheidung, am Montag entweder dem sozialistischen Misstrauensantrag zuzustimmen und damit den Sturz der Regierung herbeizuführen, oder vor diesem Wagnis zurückzuschrecken und damit das Atomrüstungsprojekt de Gaulles ohne weitere Debatte zu akzeptieren. So will es die gegenwärtige Verfassung der 5. Republik. Die Regierung spekuliert darauf, dass die Mehrheit, die dieser Tage bereit war, das Atomprojekt zu begraben, es nicht wagen wird, die Regierung zu stürzen und damit Neuwahlen zu riskieren, die ohne Zweifel zu einem Linksruck führen würden.

Es ist in der Tat unwahrscheinlich, dass 276 Abgeordnete, zum grössten Teil Rechtsbürgerliche, ein derartiges Risiko eingehen. Sie wissen, dass die gegenwärtige Parlamentsmehrheit nicht mehr der wirklichen Stimmung im Volk entspricht. Andererseits würde eine Regierungskrise in dieser Frage zugleich zu einer Krise des ganzen Regimes werden, denn jedermann weiss, dass das Atomprojekt von General de Gaulle selbst stammt. Der Ausgang einer derartigen Krise wäre bei der gegenwärtigen Radikalisierung breiter Volksmassen nicht abzusehen, das heisst jedoch keinesfalls, dass der bisherige politische Kurs unverändert fortgesetzt werden könnte.

Die Umstände, unter welchen das Projekt in der jetzigen Nationalversammlung durchgepeitscht wird, zeigen einen gründlichen Wandel im politischen Leben Frankreichs. Zur breiten Linksoption der Gewerkschaften, der Jugendorganisationen vieler politischer Richtungen und Studenten gegen den Algerienkrieg und zur Rechtsopposition konservativer und militärischer Kreise kommt jetzt die parlamentarische Opposition, die nicht unterschätzt werden kann. Die öffentliche Meinung ist heute in Frankreich so aufgerüttelt, dass Stimmen, die bisher geschwiegen haben, laut werden. Nach dem Aufruf der Kardinäle und Erzbischöfe für Frieden in Algerien und gegen die Schrecken des Krieges, verlangen 15 algerische Senatoren, darunter ein Gaullist, die Wiederaufnahme der Waffenstillstandsbesprechungen mit einer Diskussion für die Garantie der Selbstbestimmung. Drei gaullistische Abgeordnete wurden anlässlich der Algeriendebatte aus der gaullistischen Union ausgeschlossen, weil sie mit der Opposition stimmten. Die Überraschende Tatsache, dass ausser der UMR alle Parteien, einschliesslich der in der Regierung beteiligten katholischen Volksrepublikaner (MRF) und Rechtsbürgerlichen mit den Sozialisten, den Radikalen und den Kommunisten gegen das Regierungsprojekt aufstanden, bleibt bestehen und eröffnet ein neues Kapitel der französischen Politik.

Wer regiert in Bonn ?

Wer - Wer regiert eigentlich derzeit in Bonn? Das von Adenauer geführte und dem Parlament verantwortliche Kabinett, müßte die Antwort lauten. So steht es ja auch in der Verfassung. Der Kanzler bestimmt zwar die Richtlinien der Politik, aber innerhalb ihrer Ressorts haben die Minister einen weiten Verantwortungsbereich und sie haben so zu handeln, wie es die sachlichen Notwendigkeiten gebieten. Leider trifft dies nicht zu. Die bundesrepublikanische Wirklichkeit bietet ein ganz anderes Bild.

Heute, ein Jahr vor den Bundestagswahlen, bestimmen nicht mehr Kabinettsmitglieder und die sie stützende Parlamentsmehrheit die Politik, sie sind heute mehr oder weniger Erfüllungsgehilfen des Kanzlers geworden, der, hoch über dem Parlament schwebend, seine Entscheidungen nach anderen Maßstäben und Gesichtspunkten trifft, für die es im Grundgesetz eigentlich keinen Rahmen gibt. Um es deutlicher auszudrücken: Der Bundeskanzler leiht heute sein Ohr in wirtschaftspolitischen Fragen mehr den Interessenverbänden als den dafür zuständigen Ministern. Der Bundeswirtschaftsminister Erhard bekommt diese Brückierung wohl am deutlichsten und schmerzlichsten zu spüren. Mit großen Urbahagen registriert die deutsche Öffentlichkeit die Entschlußlosigkeit der Regierung auf dem weiten und vielschichtigen Felde der Konjunktur- und Wirtschaftspolitik. Unsere wachsende Dollarschuldenlast droht zu einem schweren Ballast zu werden, die gewaltigen Gewinne des Großkapitals verführen zu Investitionen, die zur schleichenden Inflation führen müssen. Unsere Wirtschaft platzt aus allen Nähten. Der Bundeswirtschaftsminister sieht diese Gefahren und er hat auch gewisse Vorstellungen, wie man sie dämpfen könnte - seine Tragödie ist, daß er damit nicht durchkommt.

Wer regiert eigentlich noch in Bonn? Bestimmen Berg und der Bundesverband der deutschen Industrie etwa schon die Wirtschaftspolitik? An der unwürdigen Behandlung Erhards - wie er damit fertig wird, bleibt seine Sache - offenbart sich das Dilemma der gesamten CDU/CSU in ihrem Verhältnis zum Bundeskanzler, der ja gleichzeitig auch Parteichef der CDU ist. Diese große Partei gerät immer mehr unter den Druck von Interessenverbänden. Sie verfügen über große Macht, u.a. auch über die Macht, das Ausmaß und die Höhe der Kassen der CDU/CSU zu bestimmen. Die Angst, die Gunst dieser Verbände zu verlieren, bringt das Gewissen mancher durch diese Methoden der politischen Einflußnahme aufgeschreckten CDU-Bundestagsabgeordneten zum Schweigen. Mit vollem Recht stellte dieser Tage die der Regierung doch wohlgesinnte "Frankfurter Allgemeine Zeitung" fest, daß durch den Präsidenten eines Spitzenverbandes der gewerblichen Wirtschaft "allmählich ein Meinungs- und Gesinnungszwang ausgeübt werde, der tief beunruhigen müßte".

Wer sich in eine solche abhängige Lage begibt, verliert die Entscheidungsfreiheit, ist zu Entscheidungen, die vom Wille der Allgemeinheit diktiert sind, nicht mehr fähig. Die übergeordneten Gesichtspunkte kommen außer Sichtweite und die undurchsichtigen Interessen und Machtansprüche einzelner Gruppen in den Vordergrund. Genau das ist heute bei der CDU der Fall.

Wahlvorschau für Rheinland-Pfalz

L. Sch. - Mainz

Selbstbewußt und optimistisch sieht die Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz den Kommunalwahlen am kommenden Sonntag entgegen, bei denen rund 2 289 000 Wahlberechtigte über die künftige Zusammensetzung von 2 916 Stadt- und Gemeinderäten, von 132 sog. Amtvertretungen in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier sowie von 39 Kreisparlamenten zu entscheiden haben. Im Regierungsbezirk Pfalz sind außerdem 29 Abgeordnete für einen Bezirkstag zu wählen, der eine in der Bundesrepublik einmalige parlamentarische Zwischeninstanz zwischen Gemeinde- und Landesparlament darstellt.

Die Zuversicht der SPD in diesem nach wie vor umstrittenen Bundesland, dessen Ministerpräsident Peter Altmeier (CDU) seit Bestehen des Bundesrates als sicherste Kanzlerstimme in diesem Gremium gilt, ist keineswegs zweckgeboren oder auf Sand gebaut. Hinter ihr stehen vielmehr beispielhafte und nicht zu bestreitende Leistungen in zahlreichen Städten, Gemeinden und Landkreisen von Rheinland-Pfalz. Von den 12 kreisfreien Städten des Landes beispielsweise, darunter auch die Landeshauptstadt Mainz, werden nicht weniger als neun von sozialdemokratischen Oberbürgermeistern regiert. Auch eine Reihe der 39 Landratsposten ist von Sozialdemokraten besetzt, wobei die Pfalz in beiden Fällen einen deutlichen Schwerpunkt bildet. In Mainz, Ludwigshafen, Kaiserslautern, Pirmasens, Frankenthal und Worms verfügt die SPD über die absolute Mehrheit.

Kommunale Belange: Thema Nr. I

In zahlreichen weiteren Mittel- und Kleinstädten bis zur kleinsten Gemeinde hin, stellte die Sozialdemokratie bisher die stärksten Fraktionen und hat damit maßgeblich Anteil an der kommunalen Sanierung und Zukunftsplanung, auf deren im ganzen Lande sichtbar werdenden Auswirkungen die SPD nicht nur wahlkampfthematisch, sondern auch in ihrer optimistischen Prognose gebaut hat.

So sehr gerade die CDU in den zurückliegenden Wochen versucht hat, in ihren Versammlungen die Bundespolitik hochzuspielen und dabei mit dem propäandistischen Einsatz von Bundesministern geradezu verschwenderisch umging, die unter sozialdemokratischer Führung und Initiative erzielten Leistungen ließen sich selbst von dem forschenden Bundesverteidigungsminister Strauß und seinem seit Monaten ebenso umstrittenen Kabinettskollegen Lücke nicht zu Gunsten der Christdemokraten kaschieren. Die SPD hat wahlkampfstrategisch eindeutig die Oberhand behalten: die kommunalen Belange waren Thema 1!

Auf diesem Gebiet hat die Kanzler-Partei - man erinnert sich Adenauers Standpunkt beim Karlsruher CDU-Parteitag - in Rheinland-

Pfalz keine besonderen Meriten aufzuweisen. Auch der seit Jahr und Tag in Sonntags- und Einweihungsreden der rheinland-pfälzischen CDU-Minister und erst recht im Wahlkampf strapazierte Anteil des Landes an den imponierenden Aufbauleistungen in Städten und Gemeinden konnte nicht verfangen, weil ihnen mit einwandfreiem Zahlenmaterial zu begegnen war. Weder in der Förderung des Wohnungsbaues, noch in der Unterstützung bei schul- und kulturpolitischen Aufgaben konnte der rheinland-pfälzische Landeshaushalt auch nur annähernd die berechtigten kommunalen Erwartungen erfüllen, geschweige denn die beispielhaften Leistungen in sozialdemokratisch regierten Bundesländern erreichen. Man braucht dabei nur an die geradezu lächerlichen Zuschüsse zu Schulhausneubauten und an die immer noch fehlenden Lehr- und Lernmittelfreiheit zu erinnern. Der atavistischen Konfessionalisierung des Schul- und Lehrerbildungswesens, die dem rheinland-pfälzischen Staatsminister für Unterricht und Kultus, Dr. Eduard Orth, das Attribut eines "Rückschrittsministers" eingebracht hat, könnte man ein ganzes "Schwarzbuch" widmen.

Hoffnungen der DRP

Eine gewisse Aufmerksamkeit verdient im Hinblick auf die in Rheinland-Pfalz bevorstehende politische Entscheidung die Deutsche Reichspartei. Sie hat in sechs Gemeinden - darunter auch in der größten europäischen NATO-Garnison Kaiserslautern - sowie in drei Landkreisen Wahlvorschläge eingereicht, die auch zugelassen werden mußten. Ferner kandidiert die DRP für den Bezirkstag Pfalz, wobei sie in dem 40-jährigen Ingenieur August Zinsmeister aus Niehlbach bei Kaiserslautern einen zugkräftigen Spitzenkandidaten gefunden zu haben glaubt. Der ehemalige Oberscharführer der SS-Division "Hitler-Jugend" war nämlich 1945 von einem französischen Militärgericht zum Tode verurteilt worden, hatte 10 Jahre auf seine Hinrichtung gewartet und erlebte schließlich im Sommer 1956 seine Begnadigung und Entlassung, die nach Prüfung des Sachverhalts auch von den demokratischen Parteien in Rheinland-Pfalz ehrlich begrüßt war. Ihm ist als "nationales Märtyrer" offensichtlich die Aufgabe zugedacht, die vor allem in bäuerlichen Kreisen der Pfalz vorhandenen reaktionären Kräfte anzusprechen.

An dem mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Stimm- und Mandatszuwachs der Sozialdemokraten wird dieser nur in einigen Schwerpunkten zu beobachtende Rechtsradikalismus jedoch ebenso wenig ändern können, wie der in mehreren rheinland-pfälzischen Industriestädten erkennbare Versuch der verbotenen Kommunistischen Partei, über sogenannte "Arbeiterlisten" eine Hintertür in die Kommunalparlamente zu finden. Einige solcher Wahlvorschläge wurden bereits als "Ersatzorganisationen der KPD" verboten, in wenigen Fällen ist die Überprüfung auf Verfassungsfeindlichkeit noch im Gange.

Herbst-Stürme über Seoul und Tokio? (I)

Von Richard Reitzner, MdB

Der Verfasser dieser Zeilen hatte als Mitglied der Deutschen Delegation an der Tagung der Interparlamentarischen Union in Tokio teilgenommen. Im Anschluß daran besuchte er Südkorea.

Wir sind eben von Panmunjon nach Seoul zurückgekehrt. Es ist schon dunkel. Die Strassen in der Hauptstadt Südkoreas aber sind un- beleuchtet, denn es fehlt an Strom. Einige Läden, die hellen Schrift- zeichen und die vielen Taxi-Jeeps geben jedoch so viel Licht, daß man gut zu Fuss weiterfindet. Es scheint, als ob die ganze Bevölke- rung auf der Strasse ist, so dicht wird das Gewimmel. Vor jeder Hütte und vor jedem Haus kauern Händler, Kinder, Frauen und Männer und Greise. Jeder bietet Jedem etwas an. Meistens sind es amerika- nische Erzeugnisse: Süßigkeiten, Kaugummi, Zigaretten, Spielsachen, Textilien, Kaffee in Dosen und Obst. Man wird aber nicht belästigt und auch nicht angesprochen. Die Zahl der Händler ist unvorstell- bar gross, aber erklärlich. Löhne und Gehälter in Südkorea reichen nicht zum Leben, die Zahl der Arbeitslosen ist enorm, und so ver- sucht jeder, zusätzlich einige Hundert Hwan zu verdienen. Beängstigend, wie eng die Leute hier zusammenwohnen müssen. Meistens flackert nur schwaches Kerzenlicht aus den Stuben, die gleichzeitig Wohn- und Schlafräume sind. Auf den Stiegen sitzen Kinder und Greise. Manche schlafen auch dort. Heute, am 23. 9., 9.00 Uhr abends hat es noch 25 ° C.

Vieles überraschend und unverständlich

Auffallend ist die übergrelle Reklame von amerikanischen Filmen. Wir erfahren, daß jede Vorstellung in den vielen Kinos überfüllt ist. Die Einwohnerzahl in Seoul nähert sich ja bald der zwei Millionen- grenze. Es werden aber auch deutsche Filme gespielt; unter den Vor- zugsstücken findet man auch "Die Brücke". Einige Meter weiter erklingt klassische Musik aus einem Laden. Wir treten ein. Junge Koreaner lauschen in einem Musikinstrumenten- und Schallplattengeschäft - es ist nicht das einzige in dieser Straße -. Die jungen Leute lassen sich Mozart, Beethoven, Verdi und auch Sibelius vorspielen. Die Schallplatten werden aber auch gekauft. Wir wollen altkoreanische Ge- sänge hören. Bereitwillig wird eine Platte nach der anderen gebracht. Dieses Erlebnis ist wieder ein Bow is dafür, daß man die Dinge im Fernen Osten nicht mit unseren Maßstäben messen kann. Vieles ist hier überraschend und unverständlich. Beim ersten offiziellen Mittagessen in Seoul fand ich neben meinem Teller einen Spruch von Konfuzius: "Ist es nicht entzückend, Freunde aus fernen Gegenden hierzuhaben?" Form und Höflichkeit und das Zeremonielle des menschlichen Verkehrs sind mannigfaltig und manchmal verwirrend. Diese Besonderheiten fallen sehr auf. Südkorea ist zwar besonders gegen Norden zu landschaftlich reizvoll, aber es ist ein sehr armes Agrarland ohne erschlossene Bodenschätze. Die südkoreanische Armee jedoch ist eine

der stärksten Armeen und je näher man zum 38. Breitengrad kommt, umso geballter werden die amerikanischen und koreanischen Truppen. Von einem Hügel bei Panmunjom können wir in das nahe Nord-Korea hineinschauen. Vor uns liegt ein Wächterhaus der Nordkoreaner, tiefer unten die "Brücke ohne Wiederkehr". Der Wald duftet! Es könnte ein ruhiger Luftkurort sein, wenn nicht von früh bis abends kommunistische Propaganda aus den Lautsprechern dröhnen würde.

Das Fragezeichen China

An der koreanischen Zonengrenze erhebt sich natürlich die Frage nach der Situation in Nord-Korea, nach der Stärke der chinesischen Truppen in Nord-Korea und nach der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in China. Es scheint, daß sich in Nord-Korea und China Entschlußkraft, Arbeitswille, Arbeitszwang und auch Intelligenz in dramatischer Form äussern. Wie lange wird es dauern, bis in China Gelehrte und Techniker, geschulte Facharbeiter mit den unseren gleichrangig wetteifern werden? Welche Perspektiven eröffnen sich da, wenn man an das unerschöpfliche Menschenreservoir denkt? Aus Gesprächen mit Koreanern, Japanern, Thailändern und Indern erfährt man, daß die Völker Asiens nicht mehr an die ferne Vergangenheit glauben, in der Friede und Glück herrschten. Das Ziel der chinesischen Mächte ist vielmehr: Industrieller Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung plus Konformismus im Denken, um für die kommende Auseinandersetzung mit dem "Kapitalismus" gut vorbereitet zu sein.

In Südkorea selbst stehen gesellschaftliche und politische Ordnung nach dem Sturz Syngman Rhaes an der Schwelle einer neuen Epoche. Sicher hat sich Manches zum Besseren gewendet. Die Ideen der Freiheit und Menschenrechte wurden besonders von der studierenden Jugend propagiert. Die alte strenge Rangordnung verliert zusehends, der Glaube, daß diese Ordnung göttlichen Ursprungs ist und seit Ewigkeit in alle Ewigkeit bestehen muss, verschwindet auch auf dem Lande. Die Zeiten, wo man sich dem Befehl der Obrigkeit, die gleichzeitig Gottheit war, nur durch Selbstmord entziehen konnte, sind vorbei. Die frühere Hingabe zu religiösen Dingen weicht dem Wunsch, sich politisch zu informieren. Die Tendenz, sich westlichen Einflüssen zu entschießen, wird immer schwächer. Eine statische, in sich ruhende Gesellschaft existiert in Asien nicht mehr. Die Gegenwart ist erfüllt vom Suchen nach neuen Ordnungsbildern, daher die ständige Unruhe und die spontanen Demonstrationen.

Fortschrittsglaube und Gleichgültigkeit

Ich weiss nicht, ob es in Korea je eine Faszinationskraft des kommunistischen Ordnungsbildes der Gesellschaft gegeben hat. Heute ist davon in Südkorea nichts zu spüren. Das Land ist anti-kommunistisch und das scheint den Amerikanern zu genügen. Um es aber weiter immun zu erhalten, muß etwas geschehen, denn der Glaube an den Fortschritt, die Notwendigkeit der Umgestaltung der Gesellschaft, der Industrialisierung und der Erschließung noch nicht erfasster Gebiete ist da,

jedoch auch Gleichgültigkeit. Ich hatte manchmal den Eindruck, daß es bei Parlamentariern und Ministern an der nötigen Entschlusskraft fehlt. Bei älteren Politikern herrscht wohl nicht die alte passive Auffassung von der Zeit, wobei man lange auf den günstigsten Zeitpunkt wartet. Ein Student aber hat mir wörtlich gesagt: "A new time is beginning, which has got to be absolutely different from the last one". (Die neue Zeit muss absolut verschieden von der letzten sein). Diese neue Zeit soll, das ist der Wille der Mehrheit der Koreaner, mit parlamentarisch, demokratischen Mitteln angestrebt werden. Die sehr idealistisch gesinnten Studenten wollen daher mit ihren Aktionen das Parlament und die Regierung immer wieder an ihre demokratische Aufbaupflicht erinnern, damit die nach dem Sturz des Diktators erwarteten notwendigen Reformen in Angriff genommen werden. Ich habe in Seoul am 22. und 23. September solche Demonstrationen gesehen. Studenten zogen vor das Parlament und schoben jene Autos der Abgeordneten, die eine gebührenfreie Lizenz haben in einen Pfuch.

Gleichzeitig forderten sie strenge Gesetze und eine einfache Lebensweise für Alle. In dieser Woche fanden, wie UPI meldet, wieder neue Demonstrationen statt. Nach allem, was man in Süd-Korea sieht und hört, ist die Lage recht labil. Der neue Staatspräsident Prof. Po Sun YUN ist sicher eine integrale Persönlichkeit. Seine Ansprache an die deutsche Delegation war ein Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Humanismus und ein Lobgesang auf die deutsche Aufbauleistung. Carlo Schmid antwortete, daß das Wissen im Westen zwar grösser, die Weisheit im Osten jedoch immer bedeutender gewesen ist.

Drei Millionen Vertriebene

Gleichzeitig würdigte Carlo Schmid den Anteil der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen am sogenannten Wirtschaftswunder. Es ist verständlich, daß politische Kreise Süd-Koreas an dem Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik sehr interessiert sind. Süd-Korea selbst hat drei Millionen Flüchtlinge. Nur Wenigen gelingt es jetzt, auf Fischerbooten herüberzukommen. Drei Millionen Flüchtlinge sind in einem Agrarland mit 23 Millionen Einwohnern eine gewaltige Belastung. Zwischen dem Direktor der politischen Abteilung im Ausministerium Suk HeunYUN und mir fand eine längere Aussprache über Flüchtlings- und Vertriebenenprobleme statt. Mister YUN war gut unterrichtet und wusste u.a. genau über den Weg zum Münchner Vortrag Bescheid.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel